

HERAUSFORDERUNG ZUM MITTUN

DAS GRIECHISCHE PARLAMENT HAT DIE SCHIRMHERRSCHAFT ÜBER EINE SCHULDENAUDIT-KOMMISSION ÜBERNOMMEN

Von Judith Dellheim

Am 4. April 2015 hat das griechische Parlament die Schirmherrschaft über eine Schuldenaudit-Kommission übernommen. Diese war kurz zuvor, Mitte März durch die Parlamentspräsidentin Zoi Konstantopoulou (Syriza) eingesetzt worden. Warum das bei vielen emanzipatorisch-solidarischen Akteuren Freude ausgelöst hat, erschließt sich sicher zunächst nur jenen, die «damit befasst sind». Ein Schuldenaudit soll erstens erklären, warum und wie bei wem Schulden bzw. Verschuldung entstanden ist. Konkret steht die Frage, warum der griechische Staat Auslandsschulden in Höhe von 318 Mrd. Euro aufweist, wer sie hält und wer dafür verantwortlich ist. Das Audit soll zweitens helfen, die Schulden sehr konkret nach ihren Ursachen und Folgen zu bewerten. Sind sie auf rechtlich einwandfreiem Weg oder z. B. über Bestechung zustande gekommen? Wozu dienten die aufgenommenen Kredite? Wurden z. B. vielleicht Käufe von Waffen und Überwachungstechnik, um die demokratische Opposition zu bekämpfen, getätigt? Zum dritten soll das Audit die Frage beantworten helfen, welche Folgen konkrete Schulden in bestimmter Höhe für eine Gesellschaftspolitik haben, die sich an den Bürger- und Menschenrechten wie an ökologischen Herausforderungen orientiert. Im Ergebnis derartiger Analysen und öffentlicher Erörterung, die auf partizipative Prozesse setzen, soll der Umgang mit dem Schuldendienst und der Schuldentilgung politisch diskutiert und entschieden werden. Das Parlament und die Regierung von Ecuador hatten im Ergebnis eines solchen Schuldenaudits 2007 erklärt, welche Auslandsschulden in welcher Höhe als illegal und illegitim zustande gekommen gelten und daher gestrichen werden. So hat sich das Land von einem bedeutenden Teil seiner Schulden befreit.

Syriza ist seit 2011 für den Beginn eines demokratischen Schuldenaudit-Verfahrens eingetreten. Dass nunmehr ein erstes Ziel erreicht ist, darf als Ausdruck der neuen Kräfteverhältnisse im Parlament und als Einlösung eines Versprechens gesehen werden. Der Parlamentsbeschluss ist europäische Premiere. Er hilft ein Beispiel zu schaffen, über das die Linken in Griechenland und in Europa lernen und stärker werden könnten. Es wird sich also zeigen, ob die These von Zoi Konstantopoulou bestätigt wird: «Das Schuldenaudit ist ein machtvolles Verhandlungsinstrument für die Gesellschaft, für die Menschen in Griechenland und in den anderen europäischen Gesellschaften»¹.

ZUR SCHULDENAUDIT-KOMMISSION

Mitte März hatte Konstantopoulou gemeinsam mit Sofia Sakorafa und Eric Toussaint auf einer Pressekonferenz die Schuldenaudit-Kommission vorgestellt. Sofia Sakorafa ist Syriza-Abgeordnete im Europäischen Parlament und koordiniert die Arbeit der Kommission. Der Belgier Eric Toussaint ist «Schulden-Spezialist» und Bewegungsaktivist, insbesondere im Kampf gegen ungerechte Schulden. Er ist der internationale wissenschaftliche Koordinator der Kommission. An seiner Seite arbeiten der ehemalige unabhängige UN-Experte und Menschenrechtler Cephias Lumina aus Sambia, die Leiterin des Zentrum für Menschenrechte an der Londoner Hochschule für Ökonomie Margot Salomon und Maria Lucia Fattorelli, die der Schuldenaudit-Kommission in Ecuador angehörte und das partizipative Schuldenaudit in Brasilien koordiniert. Toussaint hatte auf der Pressekonferenz erneut die Frage aufgeworfen, warum die vorherige Regierung auf die Einsetzung einer derartigen Kommission verzichtet hatte. Schließlich gehe es um illegale, illegitime und moralisch verwerfliche Schulden, deren Bedienung und Rückzahlung die Bürger- und Menschenrechte verletzen. Die Geschichte der Schulden reiche in die Jahre vor 2010 zurück. Dazu wollte die Fraktion von PASOK in der Parlamentsdebatte Anfang April nicht Stellung beziehen. Sie votierte gegen die Schuldenaudit-Kommission und zweifelt diese an. Allerdings ist deren Einberufung vom Gesetz gedeckt. Sie erfolgte auch nicht gegen den Willen der Regierung, wie vielfach behauptet und in der öffentlichen Debatte eindeu-

¹ <http://en.enikos.gr/politics/25625,Greek-parliament-to-present-audit-committee-of-public-debt-on-Tuesday.html>

tig widerlegt wurde. Seitens der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE) wird unterstellt, die Kommission diene lediglich der Legitimierung von Regierungspolitik, um weiterhin auf Kosten der Bevölkerung Geld an die EU, die EZB und den IWF fließen zu lassen. Die KKE-Fraktion begründet ihre Ablehnung ferner damit, «überfahren» worden zu sein. Jedoch ist das Schuldenaudit unter Griechenlands Linken schon über Jahre hinweg ein Thema. Seit 2011 arbeitet die Initiative ELE² für ein partizipatives Schuldenaudit. Im Herbst 2012 hatte die Parlamentsfraktion von Syriza die Einrichtung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der griechischen Schulden beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Kurz vor den Wahlen in Griechenland diskutierten erneut Politikerinnen und Politiker von Syriza gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern in sozialen Bewegungen über ein Schuldenaudit. Eine Syriza-Regierung sollte sich nach Meinung von Vielen auf folgende Passage in Artikel 7 der Verordnung 472/2013 von Rat und Europäischem Parlament (vom 21. Mai 2013) beziehen und damit ein Schuldenaudit begründen: «Ein Mitgliedstaat, der einem makroökonomischen Anpassungsprogramm unterliegt, führt eine umfassende Prüfung seiner öffentlichen Finanzen durch, um unter anderem die Gründe für die Entstehung des übermäßigen Schuldenstandes zu analysieren und etwaige Unregelmäßigkeiten zu ermitteln.»³ Diese Gründe sollten auch die KKE interessieren, denn Sinn und Zweck dieser Anpassung liegen seit Jahrzehnten auf der Hand: Verbilligung von Arbeitsleistungen, Absenkung sozialer und demokratischer Standards, verstärkter Zugriff auf die Ressourcen und Märkte des Landes durch transnationale Konzerne (TNC), Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für diese Unternehmen und ihre Partner. Auch die Methoden sind immer gleich: Haushaltssanierung und daher Austeritätspolitik, Liberalisierung des Wirtschaftslebens, marktfixierte Arbeitsmarkt- und Strukturreformen, Privatisierungen in vielfältigen Formen, Ausrichtung der Wirtschaftspolitik an den Interessen von insbesondere ausländischen Investoren bzw. TNC. Um die Menschen in ihrem eigenen und gemeinsamen Interesse dagegen und für politische Alternativen zu aktivieren, sind partizipative Prozesse von hohem Stellenwert. Diese beginnen in Griechenland und in der EU mit Fragestellungen⁴, wie:

- Warum ist unter den Bedingungen der Austeritätspolitik und bei vorgegeblicher 50%iger Schuldenstreichung 2012 das Verhältnis der griechischen Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt des Landes von 113% im Jahre 2009 auf nunmehr 175% gewachsen?
- Was ist mit den fast 80% aller Kredite bzw. «Hilfen für Griechenland», die von der Troika in den Finanzsektor gegangen sind, geschehen? Wer hat warum die «Bankenrettung» betrieben? In diesem Kontext eine «kleine Nebenbemerkung»: 2009 wurden fast 80% der griechischen Staatsschulden von Banken in sieben EU-Mitgliedsländern gehalten, ca. 50% in privaten französischen und deutschen Finanzinstituten. Die wurden gerettet und im Verlaufe nur eines Jahres sank der Anteil der privaten Gläubiger an den griechischen Staatsschulden auf 50%. Die privaten Finanzinstitutionen wurden also entlastet.
- Inwiefern sind die Auflagen der Troika in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht bzw. dem EU-Recht erfolgt oder stellen, wie z. B. der Jurist Andreas Fischer-Lescano umfangreich begründet⁵, Rechtsverletzungen dar? Wie verhalten sich z. B. die Troika-Bedingungen zu folgenden beiden Passagen der bereits erwähnten Verordnung von Rat und EP: «Die Mitgliedstaaten sollten bei der Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Bewertung der Finanzhilfeprogramme gemäß den nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.» Und: «Bei der Anwendung dieser Verordnung halten der Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten Artikel 152 AEUV uneingeschränkt ein. Bei der Anwendung dieser Verordnung und der Umsetzung der in diesem Rahmen ausgesprochenen Empfehlungen berücksichtigen der Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten die nationalen Regeln und Gepflogenheiten sowie Artikel 28 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.»⁶ Artikel 152 AEUV wiederum besagt: «Die Union anerkennt und fördert die Rolle der

² <http://www.elegr.gr/>

³ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32013R0472&from=DE>

⁴ Vgl. insbesondere: <http://cadtm.org/What-if-SYRIZA-took-the-EU-at-its>

⁵ Fischer-Lescano, 2013: Austeritätspolitik und Menschenrechte. Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding. Rechtsgutachten im Auftrag der Kammer für Arbeiter/innen und Angestellte für Wien, Bremen.

⁶ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32013R0472&from=DE>

Sozialpartner auf Ebene der Union unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme. Sie fördert den sozialen Dialog und achtet dabei die Autonomie der Sozialpartner.»⁷ Artikel 28 der Grundrechtecharta erklärt: «Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder ihre jeweiligen Organisationen haben nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten das Recht, Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen.»⁸ Artikel 9 AEUV verlangt: «Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen trägt die Union den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie mit einem hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes Rechnung.»⁹

- Wieso steckt der IWF zusätzliche Zinsgewinne ein und mehrt damit die Schulden der «Krisenländer»? Seit 2010 hat der IWF Gewinne in Höhe von 2,5 Milliarden Euro aus seinen Krediten an Griechenland eingefahren. Die mit dem IWF vereinbarte Zinsrate beträgt 3,6% und liegt damit bedeutend über der gegenwärtig an den europäischen Finanzmärkten gängigen Zinssätzen¹⁰. Treffend kommentiert der britische Ökonom und Aktivist Tim Jones: «Die IWF-Kredite an Griechenland haben nicht nur Banken, die in erster Linie leichtsinnig geliehen haben, gerettet, sondern auch noch Geld aus dem Land gezogen. Diese Wucherzinsen werden zu der ungerechten Schuld, die die griechische Bevölkerung drückt, addiert.»¹¹

GRUNDSÄTZLICHES

Parlamentspräsidentin Konstantopoulou vertritt die Position, dass die Menschen ein Recht darauf haben, die Forderung zu erheben, von der Kommission als unrechtmäßig bewertete Schulden zu streichen¹². Damit fokussiert sie auf die Zusammenarbeit mit emanzipativ-solidarischen außerparlamentarischen Bewegungen. Die Organisation CADTM (Komitee zur Streichung der Schulden der dritten Welt)¹³ und sein Kooperationspartner ICAN (internationales Netzwerk von BürgerInneninitiativen für ein Schuldenaudit)¹⁴, zu dem ELE gehört, unterscheiden vier Arten von ungerechten öffentlichen Schulden: Illegitime Schulden, die im Widerspruch zum öffentlichen Interesse aufgenommen wurden; illegale Schulden, deren Aufnahme dem geltenden Recht widerspricht; verwerfliche Schulden, die die Menschen- und Bürgerrechte verletzen, so z. B. für Technik- und Leistungskäufe zur Unterdrückung der Bevölkerung; nicht nachhaltige Schulden, die die Realisierung sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung unmöglich machen. Dafür einige griechische Beispiele:

- Die Schulden, die die Militärjunta zwischen 1967 und 1974 gemacht hat, sind verwerflich.
- 1997 wurden der Bevölkerung offiziell Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar (USD) für die Olympischen Spiele angekündigt. Wenige Jahre später war von Kosten in Höhe von 5,3 Mrd. USD die Rede und dann plötzlich von 14,2 Mrd. USD. Die wirklichen Kosten sollen über 20 Mrd. USD betragen.
- Viele Staatsverträge mit ausländischen Firmen sind mit Skandalen verbunden: So U-Boottechnik aus Deutschland von HDW und dann Thyssen in Höhe von 5 Mrd. USD, die nicht einsatzfähig bzw. defekt, aber mit Korruption verwoben war. Bestechungen bei Siemens-Geschäften haben deutsche und griechische Gerichte beschäftigt und die Staatsschulden gemehrt. Hier wurden ebenfalls Systeme gekauft, die nicht einmal funktionierten.

⁷ <http://www.aeuv.de/aeuv/dritter-teil/titel-x/art-152.html>

⁸ http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

⁹ <http://www.aeuv.de/erster-teil.html>

¹⁰ <http://cadtm.org/IMF-has-made-EUR2-5-billion-profit>

¹¹ <http://jubileedebt.org.uk/news/imf-made-e2-5-billion-profit-greece-loans>

¹² <http://fischer02003.over-blog.com/2015/03/biographie-de-zoe-konstantopoulou.html>

¹³ <http://cadtm.org/English>

¹⁴ <http://cadtm.org/ICAN>

- Auch die Manipulationen durch und mit Goldman Sachs haben den Schuldenberg wachsen lassen und sind noch immer nicht voll aufgedeckt¹⁵.

ANMERKUNG

Dass seit Jahren sowohl auf dem [IfG-Blog mehring1](#) (15 Posts) als auch durchgängig in allen EU-ExpertInnen-Gesprächen¹⁶ das Schuldenaudit ein relevantes Thema ist, hat mehrere Gründe: Der Umgang der Herrschenden mit der Schuldenproblematik hat die gesellschaftliche Entwicklung relevant geprägt. So wurden neoliberale Reformen mit gravierenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen eingeleitet und vorangetrieben. Dabei haben sich auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur globalen – Machtverhältnisse verändert.

Die Idee des Schuldenaudits wurde durch emanzipative soziale Bewegungen in Entwicklungsländern geboren, praktiziert und qualifiziert. Dabei ging es um die Auseinandersetzung mit den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank, um verschuldete Staaten zahlungsfähig zu machen und zu halten. Die Prinzipien und Mechanismen, die dann in den 90iger Jahren beim neoliberalen Umbau der sogenannten «ehemaligen staatssozialistischen» Länder zur Anwendung kamen und die nun seit dem offenen Ausbruch der Eurokrise in den «Krisenstaaten» angewandt werden, sind strukturell den neokolonialen Strukturanpassungsprogramme sehr ähnlich bzw. gleich. Vor allem sind jene, die die Bedingungen für den Erhalt von Krediten bestimmten und bestimmen, Dieselben oder die Gleichen. Das hatte die Frage aufgeworfen, ob Erfahrungen aus der Arbeit mit dem Schuldenaudit in Afrika und Lateinamerika genutzt werden können, um in der EU über die Ursachen und Folgen der Probleme wie der strukturellen Analogien aufzuklären und gemeinsam Gegenstrategien wie alternative Politiken zu entwickeln. Unter den OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen unserer EU-ExpertInnengespräche sind Akteure, die dies betreiben. Ihrerseits wurde mehrfach auf Ecuador verwiesen.

Eine nunmehr für die Linken in Deutschland und in der Europäischen Union entscheidende Frage ist, wie sie ihren griechischen Freundinnen und Freunden auch in der Schuldenfrage zur Seite stehen können. Das betrifft sicher die Recherche zu konkreter Schuldengenese, wozu gerade in Deutschland und in Frankreich viel zu leisten wäre. Aber vor allem wären ebenfalls Schuldenaudits zu erarbeiten, was in einigen Ländern wie Belgien schon breit erfolgt. Eben weil die Schuldendebatte von den Herrschenden so zerstörerisch eingesetzt wird, was u.a. in deutschen Kommunen zu erfahren ist, müssen wir insbesondere hier um politische Intervention ringen. Auf dem Weltsozialforum in Tunis wurde für den Herbst 2015 eine europäische Schuldenkonferenz von unten verabredet. Die Versammlung der sozialen Bewegungen hat sich darauf verständigt, für die Streichung ungerechter, illegitimer und moralisch verwerflicher Schulden zu streiten. Diese werden als Instrument neoliberaler Politik herausgestellt¹⁷. Partizipative Schuldenaudits bieten gute Möglichkeiten, um Menschen gegen diese Politik zu aktivieren und zu organisieren. Der Austausch dazu und die Diskussion zum politischen Umgang mit den Audits können helfen, Akteure auf verschiedenen Ebenen zu vernetzen und ihre gemeinsame Arbeit an politischen Strategien und gesellschaftlichen Alternativen unterstützen.

¹⁵ Vergl. <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article3956#nb2>

¹⁶ <http://ifg.rosalux.de/2011/12/28/nein-ist-der-anfang-mit-lebendigen-kraftverhaeltnissen-rechnen/>
<http://ifg.rosalux.de/2011/12/24/eurokrisen-workshop-folgt-projekt/>
siehe ferner die Blogs: <http://debt-issues.blog.rosalux.de/> ; <http://kapacc.blog.rosalux.de/> ;
<http://peripherization.blog.rosalux.de/> ;

¹⁷ <http://cadtm.org/Declaration-of-the-Assembly-of,11452>